

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Film-Zeitung Techn.-Zeitung



Sport-Zeitung Haus u. Garten-Zig. Witzblatt „ULK“

Ercheint täglich einmal, Sonntag, Feiertag und Montage einmal. Abonnementpreis... Preis für Einzelnummern...

Vertrieb: L. Müllerstr. 130, Badstr. 41, Königstr. 66-67, Rosenfelder Str. 47, ... Druck und Verlag Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das Kabinett Briand-Caillaux

Die wahrscheinliche Zusammensetzung des Ministeriums - Die Poincaré-Kombination an Poincaré gescheitert

Paris, 23. Juni. Was veröffentlicht folgende wahrscheinliche Ministerliste des neuen Kabinetts: Ministerpräsident und Außenwärtiges: Briand (Abgordneter, Sozialrepublikaner), Finanzen und Vizepräsidentenschaft: Caillaux (Senator, radikal), Justiz: Daval (Abgordneter, Unabhängiger Sozialist), Inneres: Durand (Abgordneter, radikal), Kriegsministerium: General Guillaume, Marine: Georges Lejeune (Abgordneter, Einkreisrepublikaner), Unterricht: Rogaro (Abgordneter, radikal), Handel: Chapjal (Senator, radikal), Öffentliche Arbeiten: Daniel Vincent (Abgordneter, radikal links), Landwirtschaft: Binet (Abgordneter, radikal), Posten: Jourdain (Abgordneter, radikal links), Kolonien: Perrier (Senator, radikal), Arbeit: Durafour (Abgordneter, radikal), Die Ministerkandidaturen werden voraussichtlich mit folgenden Persönlichkeiten besetzt werden: Ministerpräsident: Danielou (Abgordneter, radikal links), Finanzen A. Budget: Pierré (Abgordneter, radikal links),

Finanzen B. Schutz: Duboin (Abgordneter, radikal), Luftschiffahrt: Bourgeois (Abgordneter, radikal), Öffentlicher Unterricht und Schöne Künste: Pierre Romel (Abgordneter, radikal), Post- und Telegraphenwesen: Pierré (Abgordneter, radikal links), Befreiete Gebiete: Dutreil (Abgordneter, Einkreisrepublikaner). Poincaré hat der Finanzagentur eine Erklärung übermittelt, in der er sagt, daß die Weigerung Poincarés, mit ihm in ein Ministerium einzutreten, die von Briand als Auge gefasste Kombination heute vermittigt zum Scheitern gebracht hat. Poincaré gibt ferner zu, daß man ihm nur das Finanzministerium übertragen wollte, weil jedes andere Ministerium einen politischen Charakter habe. Poincaré beklagt übrigens auch, daß im Laufe der heute mittig abgehaltenen Konferenz sich Widerpruch gegen die Zuteilung des Finanzministeriums an Caillaux hatte bereits eine Unterredung mit dem Kommerzienpräsidenten Gerriot, dem er das Unterrichtsministerium anbot, während Briand dem sozialistischen Abgordnerten Paul Bourcier das Kriegsministerium anbot. Beide haben abgelehnt.

Schnelldienst

Die Staatsbankrottierung hat das gegen die Lieferkassen und Klauen auf Grund von Vermögensänderungen dieser Gebiete wegen „Gerechtfertigung“ einseitiger Verloben eingeleitet. Die Staatsbankrottierung hat gegen den 2. 5. D. ausgefallenen Bankrottschuldenbesitzeren D. W. K. wegen Verzugs, Unterlassungen, einleihen und Mithaltung der Immunität beantragt. Das mittelmäßige Staatsministerium hat dem Bankrottschuldenbesitzer einen Recht zum Staatsbankrottierung ausgeben lassen, in dem der Bankrottschuldenbesitzer am 23. 5. 1926 ein Verbot der Bankrottierung im Hinblick auf die Staatsbankrottierung ausgesprochen wurde.

Die Ministerkrise in der Staatskrise

Die heutige französische Kabinettskrise ist mit der neueren Regierung Briand-Caillaux verbunden. Die Staatskrise dauert an. Frankreich ist in einer Staatskrise, die in keiner inner- und außenpolitischen Leistungsfähigkeit besteht. Das ist das Wesentliche. Seit dem 1. Januar 1925 bis zum 23. Juni 1926 hat Frankreich neun verschiedene Finanzminister gehabt, im Durchschnitt in zwei Monaten einen neuen. Briand allein hat in der Zeit vom 28. November v. J. bis zum heutigen Tage mit vier Finanzministern die Leitung der Finanzkrise geführt, deren übertragende Bedeutung eben die Staatskrise bedeutet. Nach außen haben die französischen Finanzwirten oft genug Unfähigkeit gebracht. Die Unterzeichnung des Vertragswertes von Locarno am 1. Dezember vorigen Jahres in London erfolgte in größter Eile, um Briand der eben Ministerpräsident gewordenen, die vorzeitige Niederlage nach Paris zu ermöglichen. Die erste Tagung des Viererbundesrates im März, die durch die Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine so große Bedeutung erlangt hat, wurde unter dem Traud einer französischen Kabinettskrise, die zweite Tagung des Völkerbundesrates in diesem Monat stand ebenfalls unter dem Schatten der inneren französischen Kabinettskrise. Die nächsten Finanzminister Briand, Rouvié, Peret, Dejeffion gewonnen hat. Für den 22. Juni war ein Besuch des Präsidenten der französischen Republik in London vorgesehen. Dieser Besuch ist vertagt worden. So wird bei politisch entscheidenden Gelegenheiten den führenden Staatsmännern Europas, die eben der Dingen Gelegenheiten die Gelegenheit genommen, der französischen Minister sind, sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht, in welchen unzufriedenen Zuständen sich Frankreich, der Sieger des Weltkrieges, wahrlich befindet. Caillaux ist wieder Finanzminister und gibt dem ganzen Kabinett seine Prägung. Er war vor dem Kriege der scharfste Vertreter einer Finanzpolitik, die die Einkommensteuer zur Grundlage des Finanzsystems machen wollte. Er hat vorangetragen, daß in einem künftigen Finanzsystem die Einkommensteuer auf den Einkommen der Arbeiter zu erhöhen sein würde. Seine politische Zielsetzung basierte schon damals, ohne klar ausgesprochen zu sein, auf dem Grundgedanken, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft und die Wahrung der Interessen Frankreichs in einem größeren internationalen Verbande nicht besser als ein Krieg sei. Aber darum wäre es falsch, Caillaux schlechter Dinge einen sozialen Demokrat zu nennen. Caillaux ist ein sehr ernst demokratisch, weil er mit beiden Prinzipien keine staatspolitischen Zwecke erreichen will. Im Kriege als hochvertrauter angeklagt, verbannte er seine Neoliberalität der Linken, den französischen Sozialdemokraten. Im ersten Kabinett des jetzigen französischen Kriegsministers Poincaré, das vom 18. April bis zum 22. November 1925 regierte, war er Finanzminister. Caillaux brachte in dieser Eigenschaft ein Schuldabkommen mit England zuwege. Seine Schuldverhandlungen in Washington verwickelten sich. Das damalige erste Kabinett Poincaré mußte demissionieren, weil Caillaux in Konflikt mit Sozialisten und Radikalsozialisten geriet. Der Konflikt entstand, weil Caillaux, der Vor kämpfer der Einkommensteuer, eine Kapitalabgabe zur Einführung der schwebenden Verbindlichkeiten Frankreichs ablehnte. Das ist an sich, finanziell betrachtet, eine durchaus richtige Unternehmung. Kapital ist durchaus etwas anderes als Einkommen. Politisch wichtig aber ist, daß Caillaux bei dieser Gelegenheit deutlich gemacht hat, daß er Parteiprogramme nicht folgen will, sondern ihnen keine individuelle Verantwortung entgegen. Ihm das ist für seine Rolle eines Finanzministers in einem Kabinett Briand wesentlich. Er hat bereits bei seinen ersten Unter-

Fürstenabfindung mit der S. P. D.?

Bisher freilich noch ergebnislose Verhandlungen mit den Sozialdemokraten - Das Mein der Deutschen - Der unfrifrene § 26

Über die Besprechungen wegen der Fürstenabfindung erfahren wir von deutsch-nationaler Seite: Die Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Deutsch-nationalen haben keine Veranlassung, von ihrer bisherigen Stellung abzugehen und dem Gesetz in einer Zweipartei mehrheit zu bestehen. Die Reichsregierung nachdem eine interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien statt, in der die Situation bezüglich der Fürstenabfindung erörtert wurde. Die erste Sitzung der Regierungspartei folgte am Donnerstag im Reichstagsklub zu Ende geführt werden. Es ist aber noch eine zweite Sitzung vorgesehen. Zwischen der ersten und zweiten Sitzung werden erneut Verhandlungen mit den Deutsch-nationalen und Sozialdemokraten aufgenommen werden. Nach Schluß der getriggen Besprechungen fand eine Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt. Ein Ergebnis wurde noch nicht erzielt. Die Sozialdemokraten brachten eine Reihe von neuen Vorschlägen ein. Zeitweise handelt es sich um andere Formulierungen verschiedener Paragraphen des vorliegenden Regierungsentwurfes. Darüber wurde hin- und herverhandelt. Wie wir von unparteiischer Seite erfahren, ist einer der hauptsächlichsten jetzt noch freitragenden Punkte, der § 26 des Regierungsentwurfes. Daum wollen die Sozialdemokraten folgenden Änderungen:

entwurf einbringen: Staatsrenten, Abfindungen oder ähnliche Staatsleistungen, die den übrigen in den Artikeln 57, 58, Absatz 2 des Grundgesetzes zum 2. 6. 2, sowie in dem Gesetz vom 23. März 1904 beschriebenen Säuglingen, ihren Wittvätern oder deren Rechtsnachfolgern auf Grund von Gefangen, Gefangen oder Verträgen geschuldet werden, fallen entgeltlich an den Staat. Das gleiche gilt, soweit die Renten, Abfindungen oder ähnliche Staatsleistungen für die Witwen von Soldaten, die in den öffentlichen Diensten oder für die Überlieferung von Gegenständen geschuldet wurden, die bei den noch nicht durchgeführten Auseinandersetzungen nach § 5, Absatz 2 dieses Gesetzes als Staatseigentum zu gelten hätten. Die Verhandlung über diese Paragraphen sowie eine Reihe von anderen Punkten wurde noch nicht erzielt. Die Verhandlungen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sollen heute nachmittags fortgesetzt werden. Die oben wiedergegebene Erklärung der Deutsch-nationalen hat offenbar die Geneigtheit bei der Deutschen Volkspartei, mit den Sozialdemokraten zu verhandeln und den Versuch zu machen, zu einem Ergebnis zu kommen, gefördert. Auch im Zentrum und offenbar selbst in den Reihen der Panischen Volkspartei ist man über die Veröffentlichung der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion sehr verstimmt. In den Reihen der Regierungsparteien hofft man, daß es gelingen werde, wenigstens mit den Sozialdemokraten zu einem Kompromiß zu kommen, das die Annahme des Gesetzes noch vor dem Sommerernte ermöglicht.

Keine Einigung über Groß-Hamburg

Bei den getrennten zwischen der preussischen und der hamburgischen Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Groß-Hamburger Frage ergab sich, daß über den im Dreis-Mäderrischen Gutachten vorgeschlagenen Gebietsausbau und Finanzausgleich eine Einigung nicht zu erzielen war. Wie der „Hamburgische Beobachter“ meldet, besteht die Haupterkenntnis darüber, daß daher eine Lösung der Frage auf der Basis dieses Gutachtens als ausgeschlossen zu betrachten sei. Von Vertretern der beiden Regierungen wurde aber die Bereitwilligkeit ausgesprochen, hinsichtlich über ihre Maßnahmen auf dem Gebiete des Salzenbaus, des Zinsens und der Verträge zwischen von Regierung zu Regierung Prüfung zu nehmen.

Dorpmüllers Wahl vor dem Reichskabinett

Nach keine Entscheidung Das Reichskabinett trat gestern nachmittags zusammen, um zu den obenstehenden Fragen Stellung zu nehmen. Das abend beschlossene mit der Wahl Dr. Dorpmüllers zum Generaldirektor der deutschen Reichsbahn. Beschlüsse darüber wurden in der getriggen Sitzung des Reichskabinetts noch nicht gefasst. Da Verhandlungen darüber zwischen Regierung und Reichsbahn noch im Gange sind.

Eine Demonstration Lloyd Georges

Lloyd George hat dem Sekretär der Bergarbeiterföderation, Coof, 100 Pfund zur Einbindung der Kol der Frauen und Kinder der freien und Bergarbeiter geschickt. Bereits vor ein paar Tagen wurden von Lloyd George bei einer anderen Gelegenheit 50 Pfund den Bergarbeitern zur Verfügung gestellt.

Bekanntlich bilden die Meinungsverschiedenheiten auf sozialem Gebiet den Kern der Differenzen zwischen dem rechtsdriftigen Lloyd George und dem sozialpolitisch fortgeschrittenen Lord Lyford and Asquith. Lloyd Georges demonstrative Geschehen wird sicherlich großes Aufsehen erregen.

Der Fraktionsvorsitz beim Zentrum. Die Zentrumstraktion des Reichstages hat vorläufig von der Wahl eines neuen ersten Fraktionsvorsitzenden abgesehen, die durch die Übernahme der Reichstagsführung durch Dr. Brüning ermöglicht werden. Man will die Wahl, wenn nötig, im Herbst vornehmen. Als Fraktionsvorsitzende werden die Abgeordneten v. Guzzard und Stegerwald wie bisher fungieren.